



FDP-Landesverband M-V | Goethestr. 87 | 19053 Schwerin

Das Bündnis "Sogenannte Sicherheit"

Schwerin, den 06. September 2021

per Email an: SOGenannte-Sicherheit@systemausfall.org

Wahlprüfstein Sogenannte Sicherheit - Bündnis gegen die Verschärfung des SOG in MV

Ihre Email vom 31. August 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Email vom 31. August 2021. Nachfolgend senden wir Ihnen unsere Antworten auf Ihre Fragen (Wahlprüfsteine). Sollten Sie über die Antworten hinaus noch weitere Fragen haben, zögern Sie nicht uns zu kontaktieren.

Frage (1) Welche sicherheitspolitischen Schwerpunkte legt ihre Partei im Rahmen der Landtagswahl im September 2021?

Antwort:

Wir Freie Demokraten wollen die Stellenpläne bei Polizei und anderen Ermittlungsbehörden, bei Staatsanwaltschaften und Gerichten an den realistischen Bedarfen ausrichten und aufstocken.

Für die rasant ansteigende Kriminalität im Internet und Darknet fordern wir Freie Demokraten eine deutliche Aufstockung von Cyber-Crime-Einheiten mit höchstem Ausbildungsstand und bester Ausstattung mit Hard- und Software.

Als Partei der Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit wird die FDP Angriffe auf die Freiheit der Menschen durch staatliche Spionage mit aller Kraft und voller Überzeugung abwehren.

Frage (2) Welche Vorstellungen vertreten Sie hinsichtlich einer landesweiten unabhängigen Beschwerdestelle für Betroffene von "Polizeigewalt" oder polizeilichen Fehlverhaltens?

Antwort:

Eine solche Beschwerdestelle ist bereits vorhanden. Der Bürgerbeauftragte des Landes Mecklenburg-Vorpommern, der in Personalunion Polizeibeauftragter ist, steht sowohl Bürgerinnen und Bürgern als auch Polizeibediensteten für Eingaben und Beschwerden zur Verfügung. Die Einrichtung einer weiteren Beschwerdestelle halten wir solange für nicht erforderlich, wie diese Funktion des Bürgerbeauftragten nicht überlastet wird.

Freie Demokratische Partei LV Mecklenburg-Vorpommern
 Landesgeschäftsstelle Goethestr. 87 19053 Schwerin
 Tel.: 0385/562954 Fax: 0385/5574665
 Email: m-v@fdp.de; homepage: www.fdp-mv.de
 IBAN DE10 130 700 000 3177128 00, BIC DEUT DE BRXXX

Frage (3) Wie bewertet Ihre Partei die neue Gebührenordnung der Bundespolizei? Wie stehen Sie in diesem Zusammenhang zu der Kritik, dass betroffene Personen von ungerechtfertigten Gefahrenabwehrmaßnahmen seitdem dafür eine Rechnung erhalten und somit indirekt dadurch von ihren Grundrechten abgehalten werden?

Antwort:

Die neue Gebührenordnung fällt unter das Bundesrecht. Die FDP sieht die Gebührenordnung sehr kritisch. Wir sind der Meinung, dass der Gesetz- und Ordnungsgeber hier deutlich über das Ziel hinausgeschossen ist. Wenn die Gebührenordnung Bürgerinnen und Bürger von der Wahrnehmung ihrer Grundrechte abhält, muss nachgesteuert werden.

Frage (5) Ist Ihrerseits die Videoüberwachung des öffentlichen/teilöffentlichen Raums als ein sinnvolles kriminalpräventives Instrument anzusehen? Plädieren Sie in diesem Zusammenhang für eine weitere Nutzung der technischen Möglichkeiten (automatischen Speicherung/Wiedererkennung) von biometrischen Daten?

Antwort:

An Schwerpunkten kann eine Videoüberwachung bei der Aufklärung oder Prävention helfen. Allerdings verlagern sich die Schwerpunkte auch nach Einrichtung von Videoüberwachung. Eine flächendeckende Überwachung sowie eine automatisierte Gesichtserkennung lehnen wir ab.

Frage (6) Halten Sie die Vorratsdatenspeicherung für ein geeignetes Mittel zur Aufklärung von Straftaten? Und treten Sie dementsprechend auch für eine präventive und verdachtsunabhängige Speicherung von (Nutzer)Daten ein?

Antwort:

Eine anlasslose Datenspeicherung halten wir für einen rechtswidrigen Eingriff in die Grundrechte und lehnen sie daher ab.

Frage (7) Wie steht ihre Partei zu der Überwachungssoftware, dem sogenannten "Staatstrojaner"? Wie können Sie den Einsatz dieser mit der Wahrung von Grundrechten vereinbaren?

Antwort:

Der Staatstrojaner ist ein Generalangriff auf die Bürgerrechte und die IT-Sicherheit. Wir halten den Einsatz eines sogenannten „Staatstrojaners“ für verfassungswidrig und lehnen ihn ab. Gegen das entsprechende Gesetz haben 64 Abgeordnete der FDP-Fraktion im Bundestag Verfassungsbeschwerde eingereicht.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Doreen Siegemund
Landesgeschäftsführerin

Freie Demokratische Partei LV Mecklenburg-Vorpommern
Landesgeschäftsstelle Goethestr. 87 19053 Schwerin
Tel.: 0385/562954 Fax: 0385/5574665
Email: m-v@fdp.de; homepage: www.fdp-mv.de
IBAN DE10 130 700 000 3177128 00, BIC DEUT DE BRXXX